



## Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 19.09.2025

### **Vorschau auf die Kantonsratssitzung vom Montag, 22. September 2025**

Fokusthemen: **Datenschutz und Finanzen**

*Der Zürcher Kantonsrat wird am Montag nach der Wahl zweier neuer Kommissionsmitglieder über den Tätigkeitsbericht der Datenschutzbeauftragten diskutieren. Anschliessend wird der Rat über die Antworten der Regierung auf eine dringliche Interpellation debattieren, bevor Geschäfte traktandiert sind, welche verschiedene Finanzthemen betreffen.*

#### **Tätigkeitsbericht der Datenschutzbeauftragten soll genehmigt werden**

Unumstritten sein wird die Genehmigung des Tätigkeitsberichts für das Jahr 2024 der kantonalen Datenschutzbeauftragten. Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, den Tätigkeitsbericht zu genehmigen ([KR-Nr. 124/2025](#)). Dennoch dürfte die Behandlung des Geschäfts eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen. Ratsmitglieder nehmen die Debatte erfahrungsgemäss zum Anlass, um die Arbeit der Datenschutzbeauftragten zu würdigen und sich zu verschiedenen Punkten zu äussern. Die unabhängige Stelle für Datenschutz beaufsichtigt die Datenbearbeitungen der kantonalen Verwaltung, der Gemeinden sowie der übrigen Behörden und öffentlichen Einrichtungen im Kanton Zürich. Als unabhängige Aufsichtsbehörde stellt sie sicher, dass die Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger respektiert wird.

GPK-Präsident: Jean-Philippe Pinto (Die Mitte, Volketswil), 076 385 58 22

#### **Dringliche Interpellation zum Entscheid über das Klinikinformationssystem am USZ**

Grünen-Kantonsrat Urs Dietschi hat mit Unterstützung von SP, FDP und AL dem Regierungsrat verschiedene Fragen in Zusammenhang mit dem Entscheid des USZ über die Vergabe des neuen Klinikinformationssystems an den Hersteller Epic Systems gestellt ([KR-Nr. 272/2025](#)). Da es sich beim Vorstoss um eine dringliche Interpellation handelt, wird die zuständige Regierungsrätin, Gesundheitsdirektorin Natalie Rickli, die Antworten im Rat persönlich vortragen. Mit der Diskussion über die Antworten der Regierung ist das Geschäft erledigt.

Urs Dietschi (Grüne, Lindau), 078 742 52 32

#### **Finanzierungslösung für USZ-Campus-Neubau soll unterstützt werden**

Kaum Opposition dürfte es gegen die Finanzierung des Neubaus Campus Mitte 1 und 2 des Universitätsspitals Zürich (USZ) geben. Die Finanzkommission (FIKO) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, dem Antrag des Regierungsrates zuzustimmen ([6005](#)). Demnach soll der Kanton 690 der insgesamt benötigten 820 Millionen Franken an Fremdmitteln übernehmen und diese dem USZ mit einer Marge von 0,25 Prozent als Darlehen zur Verfügung stellen. Durch die insgesamt niedrigeren Zinskosten wird die konsolidierte Rechnung des Kantons während der gesamten Laufzeit der Transaktion (ungefähr 2026–2040) voraussichtlich um rund 51 Millionen Franken entlastet. Mit dem gleichen Beschluss soll der Regierungsrat zudem ermächtigt werden, die kantonalen Darlehen an das USZ in Dotationskapital umzuwandeln, bis eine Eigenkapitalquote des USZ von 60 Prozent erreicht ist. Diese Zielgrösse entspricht der ursprünglichen Eigenkapitalquote bei der Immobilienübertragung vom Kanton an das USZ im Jahr 2018.

FIKO-Präsident: Karl Heinz Meyer (SVP, Neerach), 079 200 22 21

### **Beim Eigenmietwert soll es eine Härtefallklausel geben**

Eine knappe Woche vor der eidgenössischen Volksabstimmung zum Eigenmietwert wird sich der Kantonsrat am Montag mit einer Änderung des kantonalen Steuergesetzes betreffend Härtefalleinschlag beim Eigenmietwert befassen. Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) beantragt dem Kantonsrat mit 13 zu 2 Stimmen, die Gesetzesänderung anzunehmen ([5980](#)). Konkret geht es darum, Personen in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen zu entlasten. Das Anliegen stiess in der Kommission auf breite Zustimmung: Niemand solle aufgrund der Besteuerung des Eigenmietwerts aus den eigenen vier Wänden ausziehen müssen. Die WAK-Mehrheit unterstützte denn auch die Vorlage des Regierungsrates im Grundsatz. Es sei eine pragmatische Lösung, welche den Richtigen – oft sind es ältere Menschen mit abbezahlter Hypothek – zugutekomme. Eine Minderheit aus Grünen und Teilen der GLP lehnt die Vorlage ab. Einerseits, weil sie keine Rückerstattungspflicht enthält, die nach Verkauf, Schenkung oder Vererbung der Liegenschaft zum Tragen käme. Andererseits, weil Hauseigentümerschaften ohnehin nicht zu den benachteiligten Teilen der Bevölkerung gehörten.

WAK-Präsident: Marcel Suter (SVP, Thalwil), 079 640 10 28

Minderheit: Jasmin Pokerschnig (Grüne, Zürich), 079 711 04 64

### **Unternutzungsabzug soll unangetastet bleiben**

Umstritten war in der WAK die parlamentarische Initiative (PI) von GLP-Kantonsrätin Sonja Gehrig betreffend «Abschaffung Unternutzungsabzug im Steuergesetz». Die WAK beantragt dem Kantonsrat mit 9 zu 6 Stimmen, die PI abzulehnen ([KR-Nr. 14/2023](#)). Der Abzug wird Personen auf den Eigenmietwert gewährt, wenn diese nicht alle Räume ihrer selbst bewohnten Liegenschaft nutzen. Darin sah die Initiantin einen Anreiz zur Hortung von Wohnraum. Würde dieser abgeschafft werden, so die Initiantin, würde der Bedarf an Neubauten sinken. Die Mehrheit der Kommission erwartet allerdings nicht, dass sich damit Wohnflächen in bedeutendem Umfang freispielen liessen. Zudem bestehe die Gefahr, dass wirtschaftlich schlechter gestellte, oft ältere Menschen zum Wegzug aus ihrem Eigenheim gedrängt würden. Die Kommissionsminderheit aus Teilen der GLP, SP, Grünen und AL will das Anliegen der PI weiterverfolgen. Sie macht geltend, dass die steuerliche Besserstellung leerstehender Wohnflächen in Zeiten der Wohnungsknappheit nicht angezeigt sei. Die von der Mehrheit monierten Risiken liessen sich mit Übergangslösungen und Härtefallbestimmungen mindern.

WAK-Präsident: Marcel Suter (SVP, Thalwil), 079 640 10 28

Minderheit: Monica Sanesi (GLP, Zürich), 079 339 98 21

### **Beitrag an neue Zürich-Ausstellung im Landesmuseum soll genehmigt werden**

Rasch behandelt werden dürfte ein Beitrag von 1,56 Millionen Franken aus dem Gemeinnützigen Fonds an den Verein Einfach Zürich für das Projekt «Neue Dauerausstellung ab 2028». Die Finanzkommission (FIKO) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, den Beitrag zu genehmigen ([6006](#)). Seit 2019 vermittelt der Verein Einfach Zürich im Landesmuseum die Geschichte von Kanton und Stadt Zürich. Für die neue Dauerausstellung bezieht er neue, zentraler gelegene Räumlichkeiten. Die grossen Besucherströme des Landesmuseums werden direkt daran vorbeigeführt. Der Verein gestaltet die Ausstellung kinderfreundlicher und erneuert die Medientechnik. Das Rahmenprogramm mit Veranstaltungen an verschiedenen Orten führt er fort. Auch soll die Ausstellung weiterhin wie ein Wegweiser auf verschiedene Kulturinstitutionen im Kanton und in der Stadt Zürich aufmerksam machen. Der Verein rechnet mit Projektkosten von insgesamt 2,6 Millionen Franken. Wie beim Projekt für die heutige Ausstellung teilen sich Kanton und Stadt Zürich die Kosten nach dem Schlüssel 60 zu 40 auf.

FIKO-Präsident: Karl Heinz Meyer (SVP, Neerach), 079 200 22 21

### **Personelles:**

Gleich zu Beginn der Sitzung ist die Wahl zweier Kommissionsmitglieder vorgesehen. Dabei kommt es zu einer Rochade. SVP-Kantonsrätin Beatrice Derrer übernimmt den Sitz ihrer Parteikollegin

Elisabeth Pflugshaupt in der FIKO ([KR-Nr. 256/2025](#)) und Pflugshaupt sitzt neu anstelle Derrers in der KSSG ([KR-Nr. 257/2025](#)). Die Wahlvorschläge der Interfraktionellen Konferenz (IFK) sind unumstritten.

IFK-Präsident: Markus Schaaf (EVP, Zell), 078 707 00 66

*Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.*

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrates geben:  
Beat Habegger, Kantonsratspräsident, 076 383 82 35  
Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12